

24.03.2017

Die Mitte **CDU**



**ANDREAS
MATTFELDT MdB**
VERDEN – OSTERHOLZ

BUNDESTAG AKTUELL

Liebe Freunde,

diese Woche stand im Zeichen Deutschlands in Europa und in der Welt. Am Mittwoch wurde mein Kollege und Freund Frank Steinmeier im Plenum als unser neuer Bundespräsident vereidigt. Außerdem blicken wir auf 60 Jahre Römische Verträge—und damit 60 Jahre Europa in Frieden und Wohlstand zurück. Diese wohl größten Geschenke der Gründungsväter Europas gilt es zu bewahren, gerade in einer Zeit populistischer Angriffe, zunehmender Isolierung einzelner Mitglieder und den immer wieder aufs Neue eingehenden schrecklichen Meldungen über Terroranschläge auf europäischem Boden. Erst am Mittwoch mussten wir wieder auf traurige Art und Weise Zeuge werden, wie in London ein islamistisch motivierter Attentäter drei Menschen erschoss. Wir müssen aufpassen, dass solche Anschläge uns nicht emotional kalt lassen und in der Flut der täglichen Nachrichten untergehen.

Zugleich müssen wir aber auch aufpassen, dass wir uns nicht verzetteln und immer wieder aufs Neue in Grundsatzdiskussionen verrennen, ohne dass am Ende konkrete Taten folgen. Ich bin überzeugt, was wir für die Zukunft brauchen, ist ein verbessertes Deutschland und Europa in den entscheidenden Bereichen: bei der inneren und äußeren Sicherheit, bei der Wettbewerbsfähigkeit, beim weltweiten Werben für Freihandel und bei der rasant voranschreitenden Digitalisierung. Mitgestalten statt Abschotten, Altbewährtes bewahren, aber auch die Zukunft mit ihren Anforderungen im Blick haben - das ist meine Devise in jedem einzelnen dieser Bereiche. Auch der Ausgang der Wahlen in den Niederlanden hat es gezeigt: Europa wird von einer breiten Mehrheit getragen. Was es aber braucht, sind konkrete Lösungen, die wir als traditionelle Volksparteien anbieten müssen.

Herzliche Grüße

Ihr/Euer

A handwritten signature in blue ink, appearing to read 'A. Mattfeldt'.

Übergabe des Breitband-Förderbescheides für Osterholz

Am Dienstag wurde der Breitband-Förderbescheid zu den bewilligten Mitteln in Höhe von 6 Millionen Euro für den Landkreis Osterholz im Bundesministerium übergeben. Nachdem zwei vorherige Versuche erfolglos geblieben waren, freue ich mich nun umso mehr über die guten Nachrichten aus dem zuständigen Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur. Der positive Bescheid zeigt mir, dass meine Bemühungen Früchte getragen haben. Um Nachbesserungen am Antrag vorzunehmen, hatte ich ein Fachgespräch zwischen dem Landkreis und dem zuständigen Projektträger organisiert.



Durch die Unterstützung des Bundes können nun weitere 7.000 Haushalte und 300 Betriebe mit schnellem Internet ausgestattet werden, was für die Region konkret eine erhebliche Verbesserung der Downloadrate auf mindestens 50 Mbit/s bedeutet! Ein wichtiger Schritt, damit unsere Bürger im ländlichen Raum und vor allem unsere heimische Wirtschaft weiter wettbewerbsfähig bleiben und auch im digitalen Bereich mithalten können.

Menschen effektiv vor Verbrechen und Kriminalität schützen.

Schritt für Schritt sorgen wir auch in dieser Woche für mehr Sicherheit in unserem Land. Dabei setzen wir unter dem Stichwort Vermögensabschöpfung dort an, wo es Kriminellen besonders weh tut: beim Geld. Vermögenswerte aus strafbaren Handlungen können zukünftig schneller, wirksamer und umfassender wieder entzogen werden. Das gilt auch für Diebesgut und andere Taterträge, die keiner konkreten Straftat zugeordnet werden können, die aber offenkundig aus kriminellen Aktivitäten herrühren. Insbesondere zur Bekämpfung von Einbruchsbänden, deren Aktivitäten zugenommen haben, geben wir damit Gerichten und Staatsanwaltschaften ein wichtiges Instrument an die Hand. Auch bei der Terrorbekämpfung kommen wir einen weiteren Schritt voran. Wir beraten in dieser Woche das Fluggastdatengesetz, das die Verwendung von Fluggastdaten zur Verhütung und Verfolgung von terroristischen Straftaten und schwerer Kriminalität ermöglicht. Um Straftaten zu verhindern und aufzuklären, müssen wir wissen, wer wann per

Flugzeug die Grenzen des Schengenraumes überschreitet.

Zudem ist es uns gelungen, dass die KfW nunmehr einbruchsschützende Maßnahmen wie sichere Fenster und Türen oder Alarmanlagen bereits ab einer Investitionssumme von 500 EUR fördert. Dies macht das Programm insbesondere für Mieter attraktiv, da die bisherige Mindestinvestitionssumme 2.000 EUR betrug. Auch das zur Beratung anstehende Gesetz zur besseren Durchsetzung der Ausreisepflicht bedeutet ein mehr an Sicherheit. Als wichtige Konsequenz aus dem Anschlag auf den Berliner Weihnachtsmarkt können Gefährder künftig leichter in Abschiebehaft genommen oder mittels elektronischer Fußfessel besser überwacht werden. Zudem wird dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge ermöglicht, bei Zweifeln über die Herkunft von Asylbewerbern deren Mobiltelefone auszulesen. Identitätsäuschungen werden damit weiter erschwert.

Innovationskraft von kleinen und mittleren Unternehmen stärken – Anreize für mehr Investitionen in Forschung und Entwicklung schaffen

Um das wirtschaftliche Potential des deutschen Mittelstands auch künftig voll zu entfalten, wollen wir mit unserem Antrag die Rahmenbedingungen für Forschung und Entwicklung in diesem wichtigen Wirtschaftsbereich weiter verbessern. Denn die Innovationskraft kleiner und mittlerer Unternehmen bildet das wirtschaftliche und beschäftigungspolitische Rückgrat Deutschlands. Konkret fordern wir neben der Schaffung von Anreizen für mehr Investitionen ein Konzept für eine steuerliche Forschungsförderung, um langfristig die Wettbewerbsfähigkeit deutscher Unternehmen zu sichern.

Gesetz zum weiteren quantitativen und qualitativen Ausbau der Kindertagesbetreuung

Mit diesem Gesetz, das wir in erster Lesung beraten, setzen wir das 4. Investitionsprogramm Kinderbetreuungsfinanzierung zwischen Bund und Ländern um. Dies ist Grundlage für die gemeinsame Finanzierung von 100.000 zusätzlichen Betreuungsplätzen für Kinder bis zum Schuleintritt (bislang nur für Kinder unter drei Jahren). Dazu stocken wir das vom Bund 2007 eingerichtete Sondervermögen um 1,126 Mrd. Euro auf. Im Jahr 2017 werden Bundesmittel in Höhe von 226 Mio. Euro und in den Jahren 2018 bis 2020 jährlich je 300 Mio. Euro als Einlage getätigt. So können künftig auch Investitionen gefördert werden, die der Bewegungsförderung, der gesundheitlichen Versorgung sowie der Inklusion und der Familienorientierung dienen.

Gesetz zur besseren Durchsetzung der Ausreisepflicht.

In erster Lesung diskutieren wir Regelungen, um die Abschiebung vollziehbar ausreisepflichtiger Ausländer zu erleichtern, für den Fall, dass insbesondere von diesen Sicherheitsrisiken ausgehen. Dazu schaffen wir Vorschriften, wonach Ausländer, die ausreisepflichtig sind, aber nicht freiwillig ausreisen, sich nur noch im Bezirk einer einzelnen Ausländerbehörde aufhalten dürfen, sofern sie über ihre Identität oder Staatsangehörigkeit getäuscht oder ihre Mitwirkung bei der Rückführung verweigert haben.

Zudem stärken wir die Möglichkeiten der Überwachung und Abschiebeinhaftierung von Ausländern, die eine Gefahr für die innere Sicherheit darstellen. Abschiebehaft soll bei gefährlichen Ausreisepflichtigen künftig auch dann zulässig sein, wenn die Abschiebung absehbar nicht innerhalb von drei Monaten vollzogen werden kann. Wir ziehen damit auch ausländerrechtliche Konsequenzen aus dem Fall Amri, die SPD hat diesen Änderungen leider erst nach dem schrecklichen Terroranschlag auf dem Breitscheidplatz zugestimmt. Zuvor hatte sie entsprechende Vorschläge unseres Bundesinnenministers noch abgelehnt.



Büro Berlin:

Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Telefon: 030 - 22 77 13 24

E-Mail: andreas.mattfeldt@bundestag.de

Internet: www.andreas-mattfeldt.de

Redaktion: Marlen Homeyer